

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

22.1.1887 (No. 19)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 22. Januar.

Nr. 19.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1887.

Amflicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 15. d. M. ist Folgendes bestimmt worden:

1. Oberschlesisches Infanterie-Regiment Nr. 22: von Borck, Hauptmann und Kompagniechef, dem Regiment, unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt.
- von Zweifel, Hauptmann à la suite des 7. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 96 und Lehrer bei der Kriegsschule zu Kassel, als Kompagniechef in das obengenannte Regiment versetzt.
1. Badisches Leib-Dräger-Regiment Nr. 20: Barder, Rittmeister, aggregirt dem Regiment, als aggregirt zum Rheinischen Train-Bataillon Nr. 8 versetzt.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Januar.

Wie aus London telegraphisch gemeldet wird, widmet der ministerielle „Standard“ heute der politischen Lage einen Artikel, in welchem die oppositionelle Mehrheit des deutschen Reichstags schwerlich eine Rechtfertigung ihres Verhaltens in der Militärfrage erkennen wird. Der „Standard“ beklagt die gegenwärtige prekäre Situation, die sich durch jedes Gerücht beeinflussen lasse, und meint, die vom Fürsten Bismarck im Reichstage gestellte Forderung des Vertrauens und der Appell an den Patriotismus des deutschen Volkes sei lediglich die öffentliche unerkennbare Anerkennung der gleichsam elementaren Thatsache, daß zwischen dem Deutschen Reich und der französischen Republik eine nur durch Blut wegzuwaschende feste Fehde bestehe. Dies mache die gegenwärtige Lage in vieler Beziehung schlimmer als ein wirklicher Krieg; wenn es aber gewiß sei, daß jetzt Schuld und Ausharren einen späteren Krieg verhindern könne, so werde das Volk gewiß zu jedem Opfer bereit sein. — Der „Globe“ begt die Zuversicht auf einen friedlichen Ausgleich in der bulgarischen Frage, weist indessen zugleich auf die Lage in Westeuropa hin. Er sagt in einer Besprechung der politischen Ansichten im Auslande, die Besuche der bulgarischen Delegirten in den europäischen Hauptstädten hätten denselben klar gemacht, daß Deutschland, Oesterreich, England und Italien an dem Berliner Vertrage als Grundlage zukünftiger Abmachungen im Orient festhielten. Diefelben hätten ferner bewiesen, daß jede dieser Mächte höchst besorgt sei, den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen dem Adriatischen und Schwarzen Meere zu verhindern. Frankreich sei an der Orientfrage nur insoweit interessiert, als ein Krieg im Orient ihm Gelegenheit geben könnte, den gewünschten Schlag gegen Deutschland zu führen, jedoch sei keine Macht, selbst Rußland nicht, geneigt, die geringste Unterstützung für diesen Zweck zu geben. „Globe“ glaubt, daß ein Kompromiß in der bulgarischen Frage, welcher Rußland befriedige, demnachst durch die Vermittlung der Pforte zu erwarten stehe. Falls der Friede im Osten gewiß werde, werde nur die Situation im Westen sorgsame Aufmerksamkeit erheischen.

Den „Berl. Polit. Nachr.“ zufolge läßt die französische Regierung große Anläufe von **Vitriol** in Deutschland machen. Dieser Stoff ist, wie der gleichfalls aus Deutschland bezogene Schwefeläther, zur Anfertigung des Sprengstoffes Melinit erforderlich. Deutsche Fabriken haben Aufträge für 20,000 kg Vitriol monatlich erhalten. Die Preise sind frei Rotterdam bestimmt worden; in Wirklichkeit aber gehen die Lieferungen über Köln nach Frankreich.

Die Veranlagung und Einschätzung der Betriebe zu den **Gefahrenlasten** ist bei den meisten **Verwerksen** bereits fertig gestellt und damit eine umfangreiche Arbeit vollendet. Wenn die von den einzelnen Betrieben eingeforderten Lohnaufweisungen pünktlich innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen sechsmonatlichen Frist eingehen, so wird voraussichtlich die Rechnungen- und Vertheilungsarbeit um die Mitte des nächsten Monats beginnen und die Ausschreibung und Einziehung der Beiträge für das 4. Quartal 1886 und das Jahr 1886 Ende März oder Anfang April erfolgen können. Es ist anzunehmen, daß die Höhe der einzufordenden Beiträge weit hinter den Befürchtungen zurückbleiben wird, die von einzelnen Seiten geäußert worden sind; dieselben werden sich vielmehr, wo man nicht bezüglich der Verwaltungskosten zu wenig sparsam gewesen ist, in sehr mäßiger Höhe halten.

Deutschland.

* Berlin, 20. Jan. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag mehrere Vorträge entgegen und arbeitete darauf mit dem Chef des Militärkabinetts General v. Albedyll. Nachmittags 2 Uhr empfing der Kaiser das Präsidium und die Abordnung des Herrenhauses, welche die vom Herrenhause beschlossene Adresse überreichten, und unternahm um 2½ Uhr eine Spazierfahrt. Um 4 Uhr erschien der Staatssekretär Graf Bismarck zum Vortrag. Bei der heutigen Ueberreichung der Adresse des Herrenhauses richtete Seine Majestät der Kaiser an

die Deputation des Herrenhauses etwa folgende Worte: Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die Kundgebung, die Sie mir im Namen des Herrenhauses durch die eben verlesene Adresse haben aussprechen wollen. Sie hat mich nicht überrascht, da mir die Gefühle der Treue und des Patriotismus des Herrenhauses bekannt sind. Ich hatte geglaubt, nachdem dem Reichstage eine so detaillierte Darlegung des Bedürfnisses gemacht worden war, wie sie sonst nicht üblich ist, zu der ich mich aber unter den Umständen benogen fühlte, auf die Annahme seitens des Reichstags rechnen zu können. Es ist aber dann ein Ereigniß eingetreten, welches mich nöthigte, meine Stellung öffentlich und rasch kund zu thun. Hoffen wir, daß es besser wird. Ich danke Ihnen aus Grund der Seele, und hat Ihr Schritt meinem Herzen wohlgethan. Jede Kundgebung aus der Monarchie, auch aus ganz Deutschland, zeigt mir, wie Recht ich hatte, und daß es große und tüchtige Theile des Landes gibt, in denen man die Nothwendigkeit der Maßregel vollkommen anerkennt. Das Herrenhaus hat mir in schweren Zeiten so viel Beweise seiner hingebenden Treue gegeben, daß ich auch jetzt nicht an ihm gezweifelt habe. Ich kann wohl sagen, daß mich die erlebten Ereignisse tief geschmerzt haben. Wiederholen Sie dies überall. Ich bin tief betrübt, Sie aber haben Balsam in mein Herz gegossen. Das Vaterland wird nicht in Gefahr sein, so lange die Armee in dem Geiste sich erhält, von dem sie in dem letzten Kriege so viele Beweise der Treue und Aufopferung gegeben hat. Die neuen Maßregeln, durch welche die Armee gekräftigt wird, werden dazu dienen, jede Kriegsgefahr zu mindern. Also nochmals meinen tiefgefühlten Dank für den Schritt, durch den Sie meinem Herzen so wohlgethan haben, und ich bitte, daß Sie dies dem Herrenhause aussprechen.

— Heute Nachmittag findet, wie gewöhnlich am Donnerstage, eine Plenarsitzung des Bundesraths statt. Zur Berathung stehen nur wenige Gegenstände: Außer Ausschüßberichten über einige Vorlagen ein Gegenstand für Elsaß-Lothringen über das Gnadenquartal und ein Antrag Badens wegen Aenderung der Statuten der Badischen Bank. Der Antrag Badens lautet der „Köln. Ztg.“ zufolge: Der Bundesrath wolle zu den von der Badischen Bank in der außerordentlichen Generalversammlung vom 22. Mai v. J. beschlossenen Statutenänderungen, soweit dieselben das Grundkapital, den Geschäftskreis und den Reservefond zum Gegenstande haben, seine Genehmigung ertheilen.

— Wie es heißt, werden die Verhandlungen wegen Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages — zunächst von deutschen Kommissaren allein — noch im laufenden Monat wieder aufgenommen werden.

— Zu den Mittheilungen über die Holzankäufe für französische Militärzwecke schreibt die „Kölnische Zeitung“:

Wir theilten vor einigen Tagen einen Bericht „Von der französischen Grenze bei Metz“ mit, der uns meldete, das französische Kriegsministerium habe beschlossen, die Festungen der Maginot-Linie, namentlich Toul und Verdun, bedeutend zu vergrößern; die Garnisonverwaltung Verdun's habe bereits mit mehreren Baunternehmern geheime Verträge abgeschlossen, wonach dieselben sich bereit halten müßten binnen 30 Tagen Holzbaracken für mehrere Tausend Mann verschiedener Truppengattungen herzustellen. Diese Mittheilungen werden uns von gut unterrichteter Seite nicht nur bestätigt, sondern noch erweitert. Aus dem Elsaß erfahren wir, die Franzosen beabsichtigen, in kürzester Zeit längs der Grenze in Toul, Nancy, Lunéville, Velfort, Besançon und andern Orten Baracken für große Truppenmassen herzustellen; insbesondere würden in dieser Beziehung zwischen Velfort und Besançon umfangreiche Vorbereitungen getroffen; für die Lieferung des nöthigen Holzes sei die Frist so kurz gestellt, daß die Händler, denen dieselbe übertragen sei, sogar die Geschäfte im Schwarzwald in Anspruch nehmen müßten. Der Brettholzhandel in Niederelsaß, der vollkommen darniederlag, so daß wöchentlich kaum einmal ein Waggon, und zwar fast ausschließlich in's Inland verladen wurde, hat infolge dessen plötzlich einen großen Aufschwung genommen. In Schirmeck z. B. sind von französischen Händlern bedeutende Abchlüsse gemacht worden; es wurden von dort zwischen dem 6. und 10. Januar nicht weniger als 16 Waggon mit etwa 10,000 Brettern nach Nancy abgefahren und ein Holzhändler, dessen Namen wir beizien, hat die Schirmecker Bahnhofsverwaltung ersucht, bis auf Abbestellung täglich wenigstens zwei Waggon (der Waggon enthält etwa 600 Bretter) für ihn allein bereit zu halten. Daß die verfabenden Bretter zum Barackenbau für Militärzwecke dienen sollen, geht für jeden Sachverständigen aus der Beschaffenheit der Bretter hervor. Auch für St. Die, einen Ort, der von der andern Seite der Vogesen liegt und zur Geringe mit Bretterwaaren versorgt werden konnte, sind auffälligerweise von Schirmeck aus große Lieferungen in Aussicht genommen. Eine Bestätigung aus einer ganz anderen Quelle kommt uns für diese Nachrichten durch die Mittheilung, „daß in Conflans und Bubbill jeden Tag eine Menge Waggon mit Brettern und Bauholz durchkommen, die alle zu diesem Zwecke nach Verdun gehen, wo Unterkunft für 8000 Mann geschaffen werden soll. Gesteir kamen allein aus dem Elsaß zehn Waggon Bauholz, wie es zur Errichtung von Baracken verwendet wird. Ferner sollen in Etain und Conflans, also ganz dicht an der Grenze, ebenfalls Baracken gebaut werden, wozu die Grundlinien schon abgesteckt sind.“ Es ist nicht zu verwundern, daß angesichts dieser Vorbereitungen in Frankreich die Kriegsgerüchte nicht verstummen

wollen. Wenn wir auch bei der gegenwärtigen Gemüthsverfassung der Franzosen in den erwähnten Arbeiten mehr Vorbereitung zu einer etwaigen Verteidigung und zum Grenzschutz als zu einem nahen Angriff erblicken und dieselben deshalb, da von deutscher Seite der Krieg nicht begonnen werden wird, für den Augenblick als überflüssige Vorsichtsmaßregeln betrachten, so können wir doch recht begreifen, wenn ein jedweder Parteipolitiker längst entfremdeter Deutscher, der neuerdings in geschäftlichen Angelegenheiten einen Theil Frankreichs besitzt und Land und Leute mit scharfem Blicke aber ohne Voreingenommenheit beobachtet hat, in einem Briefe an uns sein höchstes Erstaunen darüber ausdrückt, daß im deutschen Reichstage eine Mehrheit zusammengebracht werden konnte, welche die vom berühmtesten Feldherrn und den erfahrensten militärischen Sachkundern für nöthig erachtete Verstärkung unseres Heeres zu verwerfen wagte.

— Dem Vorhabe der hiesigen Kaufmannschaft ist seitens der Eisenbahndirektion Bromberg mitgetheilt worden, daß sich neuerdings die Möglichkeit eröffnet hat, unmittelbare Tarife für den Verkehr von deutschen Eisenbahnstationen nach den Hafensplätzen des Morgenlandes, insbesondere den nichtrussischen Häfen des Schwarzen Meeres, nach Konstantinopel, den übrigen Seehäfen der Levante, Egyptens und den an der Nordküste Anatoliens gelegenen türkischen Seehäfen Trapezunt, Sinope u. s. w. auf dem Wege über Grajewo-Deffa zu erlangen. Die genannte Eisenbahnbehörde möchte, ehe sie weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternimmt, aus den Aeußerungen der beteiligten Handelsvorstände sich die Ueberzeugung verschaffen, ob aus der Eröffnung eines neuen Ausfuhrweges nach dem Morgenlande der deutschen Gewerthätigkeit Mitteldeutschlands u. s. w. ein nennenswerther Vortheil erwachsen würde. Der hiesige kaufmännische Vorstand empfiehlt auf Grund sachverständiger Aeußerungen die weitere Förderung der von der Eisenbahnbehörde in Aussicht genommenen Bemühungen um wohlfeilere unmittelbare Tarife.

— In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag Singer, die Petition an das Abgeordnetenhaus vom März 1885, betreffend das Verbot, in der Stadtverordnetenversammlung die Nothwendigkeit der Vermehrung der Abgeordneten zum Reichstage und zum Landtag für Berlin zu berathen, dem Abgeordnetenhause erneut vorzulegen, durch motivirte Tagesordnung erledigt, welche letztere im Wesentlichen besagt, die Versammlung halte betreffs des Petitionsrechts der Gemeindevertretung und der Unzulässigkeit von Präventivmaßregeln fest an dem bisherigen Standpunkte, habe aber durch Nichterneuerung ihrer Petition beim Abgeordnetenhause im Jahre 1886 bereits ihrer Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine solche Petition zur Wahrung der Rechte der Versammlung nicht mehr erforderlich sei.

Breslau, 20. Jan. Die „Breslauer Zeitung“ meldet: Das heute vollzählig versammelte Domkapitel stellte sechs Kandidaten für die Fürstbischöfswahl auf. Die Kandidatenliste wurde sofort an den Kultusminister abgehandelt.

Essen a. d. R., 20. Jan. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet: In der gestrigen Vorstandssitzung der zweiten Sektion der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft in Bochum, welche den gesammten Oberbergamtsbezirk Dortmund umfaßt, wurde das Verbot des Schwarzpulvers und der offenen Lampen auf allen Steinhohlengruben, wo schlagende Wetter auftreten, mit allen gegen eine Stimme gut geheißten, und zwar mit der Maßgabe, daß die betreffenden Vorschriften nach erfolgter Genehmigung durch das Reichsversicherungsamt in Kraft treten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Jan. Der Kaiser berief mittelst Handschreibens vom 18. Januar zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebensdauer: Abt Aehlethner, Graf Chorinsky, Fehren v. Rapp, Hofrath Billroth, Graf Theobald Czernin, den Gesandten Graf Deym, die Geheimräthe Freiherrn v. Mallenau, v. Pufwald, v. Schenk, den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Franz, den Klosterneuburger Stiftspropst Kosteritz, Graf Franz Kueffstein, Kommerzienrath Lobmeyr, Landeshauptmannstellvertreter Strom, Gutsbesitzer Starowiejski-Viberstein.

— In Oesterreich geht die Session der Landtage zu Ende, da am 28. Januar die Wiedereröffnung des Reichsraths stattfindet. Die Session des böhmischen Landtags wird von den Czechen bis unmittelbar vor die Reichsraths-eröffnung anscheinend deshalb hinausgezogen, um die Mandate der aus dem Landtage ausgetretenen deutschen Abgeordneten noch annulliren zu können. Letztere sind bekanntlich aufgefordert worden, bei Vermeidung des Mandatsverlustes bis zum 25. Januar wieder im Landtag zu erscheinen. In tiroler Landtag ist der Ausschüß für die Schulvorlagen nun schlüssig geworden und beantragt die Ablehnung der Regierungsvorlagen, die den Alerikalen nicht weit genug gehen. Der Schulanschüß hat beschlossen, dem Landtage die Ablehnung der Schulgesetze zu empfehlen und zugleich eine Resolution in Vorschlag zu bringen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, eine Reform des Reichsvolksschulgesetzes „in katholischem Sinne“ anzubahnen. Zu einer solchen Revision im Sinne der tiroler Landtagsmehrheit dürfte die Regierung sich indessen doch wohl schwer entschließen.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Zu welchem Ende die Budgetberathung in der Kammer gelangen wird, ist noch nicht abzusehen, da das Ministerium sich nicht geneigt zeigt,

seine Pläne über die Deckung des Defizits der abweichenden Ansicht des Budgetausschusses zu opfern. Der Ministerrath hat beschlossen, die vom Finanzminister Dauphin eingebrachte Budgetvorlage aufrecht zu erhalten, obgleich der Vorsitzende des Budgetausschusses, Rouvier, den Herren Goblet und Dauphin angezeigt hat, der Ausschuss sei mit Dauphin's Vorschlägen bezüglich der Deckung des Fehlbetrags nicht einverstanden. Morgen werden Goblet und Dauphin, sowie General Boulanger und der Marineminister Admiral Aube im Ausschuss erscheinen. — Die Deputiertenkammer nahm heute das Budget für Algerien an. In der allgemeinen Berathung erklärte der Berichterstatter, daß im Falle eines Krieges 25,000 Mann für Algerien statt der 52,000, die jetzt in Algerien stehen, genügen würden. Bei der allgemeinen Berathung des Marinebudgets verlangte General Burdeau, daß die Zöglinge der von den Jesuiten nach ihrer Ausweisung aus Frankreich in Jersey errichteten Schule nicht zur Seeschule zugelassen werden. Cassagnac erhob Einspruch, Goblet erklärte, er habe keine Sympathie für diejenigen, die ihre Ausbildung in der Fremde suchen; doch könne die Regierung keine Verpflichtung übernehmen, wie Burdeau sie begehre.

Ueber eine kleine französisch-englische Meinungsverschiedenheit in Egypten bringt der „Times“ folgende halbamtliche Mitteilung: „Die „Times“ erhielt von Alexandria eine gegen die französischen Interessen gerichtete Depesche; es wird darin zunächst gesagt, daß das Dekret wegen der in Egypten von aller Welt verlangten Abschaffung des Fronendienstes am 14. Juli Frankreich unterbreitet worden sei; die französische Regierung habe jedoch diese Maßregel zwar nicht grundsätzlich verworfen, aber sich ausweichend verhalten, um die ägyptische Regierung zu zwingen, einen Franzosen zum Generalprokurator zu ernennen. Nach unsern Mittheilungen vernimmt die „Times“ zwei ganz verschiedene Dinge. Es ist richtig, daß die französische Regierung grundsätzlich nicht gegen Abschaffung des Fronendienstes ist, aber sie ist in Zwiespalt mit der englischen Regierung über die Verwendung der durch diese Abschaffung freigewordenen Gelder. Sie will, daß dieselben für den Unterhalt des ägyptischen Heeres verwendet werden, was England verweigert. Mit der Ernennung des Generalprokurators verhält es sich folgendermaßen: Inhaber dieses Postens ist dem Abkommen gemäß gegenwärtig ein Franzose; dieser ist nun gezwungen, sich aus Gesundheitsrücksichten zurückzuziehen. Die französische Regierung verlangt also mit Recht, daß für die Zeit von dessen Amtsdauer ein Franzose angestellt werde. Diesen Anspruch bestritt die englische Regierung, welche sofort einen englischen oder italienischen Generalprokurator ernennen möchte.“

Großbritannien.

London, 20. Jan. Sir Henry Drummond Wolff ist einem Telegramm aus Wien zufolge dort eingetroffen. Er wartet in Wien die Ankunft seines Sekretärs Cartwright ab, um sodann mit demselben die Reise nach Konstantinopel fortzusetzen. Mit Wolff's Entsendung nach Konstantinopel entspricht die englische Regierung einem Wunsch der Pforte, welche vorgeschlagen hat, die Unterhandlungen betreffs Egyptens bald wieder aufzunehmen. Wolff überbringt neue Propositionen der hiesigen Regierung. — Das neue Gesetz gegen die Agitation der Landliga in Irland ist im vorgestern abgehaltenen Ministerrath endgiltig festgestellt worden. Der ministerielle „Standard“ bemerkt zu dem Gesetzentwurf, daß der Plan der Regierung eher wegen seiner Mäßigung als wegen seiner Strenge die Kritik erfahren könne. Die schon fast traditionell gewordene Straflosigkeit der Aufreizung in Irland müsse gebrochen werden. Der erste Gebrauch von der Gewalt, mit welcher das Parlament die Exekutive bewaffnen werde, sollte direkt gegen die Urheber und Führer des in den verschiedenen Lokalitäten angestifteten Unheils gerichtet sein. Die „Morning Post“ bezweifelt nicht, daß das Gesetzentwurf, welches das Parlament annehmen dürfte, in Irland nicht als die Handlung irgend einer besonderen Partei oder irgend einer Klasse angesehen werden wird, sondern als ein allgemeiner Entschluß, Freiheit und Eigenthum zu schützen. — Lord Hartington hat zur Unterstützung der Wahl Göschen's in Liverpool ein Schreiben an die dortigen liberalen Unionisten gerichtet, worin er den Eintritt seines politischen Freundes ins Ministerium formell gutheißt und ihn zur Unterstützung der Liverpooler Unionisten warm empfiehlt. „Was mich betrifft“, so heißt es in dem Schreiben, „so glaube ich bald die passende Gelegenheit zu bekommen, zu erklären, warum ich mich nach meiner Ansicht der Sache der Union nützlich erweisen kann, wenn ich keinen Sitz im Kabinett habe.“ — Heute Nachmittag fand auf dem Trafalgar-Platz eine Kundgebung unbeschäftigter Arbeiter unter Leitung von Williams und anderen Sozialistenführern statt. Es wurden mehrere Reden gehalten, die in Klagen über Arbeitsmangel und dem Verlangen nach Arbeit gipfelten. Die Menge zerstreute sich schließlich freiwillig, ohne Anheftung. — Der neue Kolonialminister, Sir Henry Holland, empfing neulich zum erstenmale die Generalagenten der britischen Kolonien in Audienz. In seiner Ansprache an dieselben erwähnte er des Umstandes, daß das Jahr des Regierungsjubiläums der Königin in der Entwicklung des Kolonialwesens durch die beabsichtigte Konferenz von Vertretern aller größten britischen Kolonien epochenmachend zu werden verpöbte. Ferner sagte der neue Kolonialminister einer im Auswärtigen Amte erschienenen Deputation aus Malta, daß er bereit sei, Malta eine repräsentative Verfassung zu geben, die das volksthümliche Verlangen befriedigen würde, ohne die Sicherheit der Festung zu gefährden. Ueber die Einzelheiten zur Erreichung dieses Zieles werde er sich mit dem Gouverneur der Insel in Verbindung setzen.

Ueber die Reduktion der englischen Truppenmacht in Egypten meldet man aus Kairo: Die beabsichtigte Verminderung der britischen Okkupationsarmee hat ihren Anfang genommen. Das 2. Bataillon Durham leichte Infanterie, welches 715 Offiziere und Mannschaften zählt, ist nach

Indien abgefegelt. Im Februar und März werden weitere Verminderungen stattfinden. Folgende Truppenkörper werden Egypten verlassen: Brigade B, Batterie F, reitende Artillerie; Batterie 6, 1. Brigade, schottische Division, Batterie 9, 1. Brigade, nordirische Division (in die Heimath); Batterie 1, 1. Brigade, südliche Division (nach Malta). An Artillerie werden 471 Offiziere und Mannschaften Egypten verlassen. An Genietruppen werden 108 Mann nach England am 24. d. M. eingeschifft werden. Von der Infanterie wird das 1. Bataillon des Cheshire-Regiments im Februar zurückbeordert werden. Das 1. Bataillon des Trosshire-Regiments wird nach Malta segeln und das 1. Bataillon der Cameron-Hochländer sich nach England im März einschiffen. Somit besteht die Verminderung der britischen Okkupationsarmee in Egypten, die Durham leichte Infanterie mit eingeschlossen, aus 3035 Mann Infanterie, 471 Mann Artillerie und 108 Mann Genietruppen, im Ganzen aus 3614 Offizieren und Mann. Am 31. Dezember bestand die britische Armee in Egypten aus 8510 Mann. Es verbleiben daher 5000 Mann, und zwar: das 1. Bataillon Füsiliers, das 1. Bataillon des Yorkshires-Regiments, das 1. Bataillon des Essex-Regiments und das 2. Bataillon des Essex-Regiments, von der Artillerie und den Genietruppen abgesehen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 17. Jan. In Schweden werden die Mandate der Reichstagsabgeordneten vor der Eröffnung des Reichstags durch Kommissionen geprüft, welche der Justizminister ernannt. Diesmal hatte derselbe die Kommission aus vier Bevollmächtigten der Reichsbank und drei Bevollmächtigten des Reichsschuldenkontors zusammen-gesetzt. Die Prüfung gab, der „Post. Ztg.“ zufolge, zu Bemerkungen keinen Anlaß. Die Erste Kammer wird in diesem Jahre 143 Mitglieder zählen, also drei Mitglieder mehr als bisher. Die zweite Kammer erhält 11 neugewählte und ein wiedergewähltes Mitglied. Diese Kammer wird aus 214 Mitgliedern bestehen. Zusammen werden also beide Kammern 357 Mitglieder haben; bei den gemeinschaftlichen Abstimmungen werden folglich 179 Stimmen die Majorität geben.

Rußland.

St. Petersburg, 20. Jan. Der oberste Eisenbahnrath beschloß, die bestehenden Tarife des überseeischen Güterverkehrs mit dem Auslande über Petersburg und die russischen Ostseehäfen bis auf weiteres gelten zu lassen.

Wie der „Post. Korresp.“ aus Petersburg geschrieben wird, hat sich in den letzten Tagen in der Anschauungsweise des russischen Publikums eine scharfe Reaktion gegen die politischen Bestrebungen herausgebildet, welche die Geister bis dahin auf das äußerste beunruhigt hatten. Die Erklärungen der Herren Goblet und Rouvier der bulgarischen Abordnung gegenüber bildeten den Ausgangspunkt dieser Reaktion. Sie kamen zu rechter Zeit, um zu beweisen, daß, wenn es auch in Europa antirussische Elemente gibt, diese Elemente andererseits Gegengewichte finden, die ihre Wirkungen aufzuheben geeignet sind. Dazu kam die Rede des Fürsten Wisnarski, welche diesen günstigen Eindruck vervollständigte, indem sie über die Absichten Deutschlands beruhigenden Aufschluß gab. Da man nun mit Bestimmtheit auf die aufrichtige Friedensliebe dieser Macht und auf ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zählen kann, und da man andererseits aus der Sprache der Wiener Presse entnimmt, daß Oesterreich-Ungarn vollständig die friedlichen Bestimmungen seines Bundesgenossen theilt, läßt sich der Zukunft mit Ruhe entgegensehen. Diese Zuversicht, so schreibt der „Post. Korresp.“, erscheint um so gerechtfertigter, als das durch seine Kabinettskrisis lahmgewordene England sich nahezu der Unmöglichkeit einer Aktion gegenübersehen und Italien in Folge der augenblicklichen Konstellation auf dem europäischen Schachbrette keine Politik gleichfalls modifizieren dürfte. Freilich ist hiemit noch nicht Alles gethan. Es ist möglich, daß eine günstige Lösung der bulgarischen Frage noch nicht unmittelbar bevorsteht, der vielfachen Schwierigkeiten wegen, die diese Frage verwickeln. Die Umstände aber, unter welchen sie sich gegenwärtig darstellt, gestatten mindestens die Erwartung, daß neue Verwicklungen nicht hinzukommen und daß die Bulgaren schließlich die Nothwendigkeit begreifen werden, den Mahnungen zur Unterwerfung zu folgen, welche von allen Seiten an sie gerichtet werden. Obwohl es in diesem Augenblicke noch nicht möglich ist, eine ganz bestimmte Form für die Ursache der zuvor erwähnten Reaktion zu präzisieren, so kann man doch die erfreuliche Thatsache konstatieren, daß in unserer öffentlichen Meinung ein sehr accentuirtes Vertrauen wiedergehört ist. Dabei bleibt es wahr, daß die russische Presse im wesentlichen auf ihrem skeptischen Standpunkte verharret und daß sie die Rede des Fürsten Wisnarski mit vieler Reserve und vielen Einschränkungen aufgenommen hat.

Ostindien.

Kalkutta, 16. Jan. Aus Darbhing wird gemeldet, daß der Handel mit Tibet fast ganz ruht. Mehrere hundert Kaufleute befinden sich am Eingang der Pässe, aber die Tibeter haben gestanden ihnen nicht, weiter vorzudringen. — Aus Asgharistan ist hier die Meldung eingetroffen, daß die Ghilzais ein Regiment des Emirs bei Maktar, nahe Ghazir, angriffen, und daß letzteres sich zurückzog. Die Söhne Muzshi-Alams agitierten lebhaft, um im Frühjahr einen neuen Aufstand gegen den Emir in's Werk zu setzen. — General Roberts wird etwa am 6. März zurückkehren und dann General Arbuthnot seinen Posten in Birma übernehmen. Mit Beginn des März wird der Rücktransport der Truppen beginnen. Die gesammte Kavallerie, mit Ausnahme der Madras-Alanen, verläßt Birma, ebenso alle Regimenter, welche die Armee General Prendergast's bildeten. Die Nachricht, daß die Rubinengruben in Birma von der Regierung schon an ein Syndikat abgetreten sind, ist falsch. Die Regierung wird nichts in der Sache thun, bis sie von der Expedition einen genauen Bericht über die Rechte der Eingebornen an den Gruben erhalten hat.

Amerika.

Washington, 20. Jan. Die Kommissionen des Senats und der Repräsentantenkammer für auswärtige Angelegenheiten legten die Berichte vor, worin die Annahme des Gesetzentwurfs betreffend die Anwendung energischer Repressalien in Betreff des Fischereibetriebes in den kanadischen Gewässern lebhaft empfohlen wird.

Wahlnachrichten.

Karlsruhe, 21. Jan. Es wird sich empfehlen, alle Mittheilungen in der badischen Presse über Namen neu aufzustellender Kandidaten, sowie über beabsichtigte Weigerungen bisheriger Abgeordneter, wieder ein Mandat anzunehmen, mit Vorsicht zu behandeln. Insbesondere soweit es sich um Kandidaten der nationalliberalen und der konservativen Partei handelt, können authentische Mittheilungen erst nach Abhaltung der Versammlungen der beiden Landesversammlungen erwartet werden.

Breslau, 19. Jan. Die Koalition der gemäßigten Parteien scheint in Schlesien erfreulicher Weise in volle Wirksamkeit treten zu sollen. Abgesehen davon, daß für Breslau die drei die gemäßigten Parteien vertretenden Wahlvereine, nämlich der Nationalliberale, der Neue und der Deutschkonservative Wahlverein, durch ihre Vorstände ein gemeinsames Vorgehen zunächst für die Wahlvorbereitungen gutgeheißen und jeder eine Kommission von vier Personen zur Ausführung dieses Beschlusses erwählt haben, wird auch für die ganze Provinz eine Einigung der drei gemäßigten Richtungen angebahnt. Die Vorbereitungen dazu, um dieser Einigung einen deutlichen und unabweisbaren Ausdruck zu geben, sind in vollem Gange.

Dresden, 20. Jan. In Döbeln und Reichenbach sind die Berathungen zwischen den beiden konservativen und der nationalliberalen Partei betreffs Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten in erfreulichem Fortgange und auch in dem Meißner Wahlkreise ist, wie bekannt, die Kandidatur des Herrn v. Friesen gesichert, so daß auch hier die unbedingt nothwendige Einigung der Ordnungsparteien erreicht ist. — In Chemnitz stellen die konservativen und Nationalliberalen gemeinschaftlich einen Kandidaten auf. Die Deutschfreisinnigen werden wiederum einen Zählkandidaten, die Sozialdemokraten wiederum den bisherigen Abgeordneten Geiser aufstellen.

Weimar, 19. Jan. Die Vorstände des Konservativen und Nationalliberalen Vereins hier hätten ihre Mitglieder zur Beschlußfassung über die Bildung eines gemeinschaftlichen Komitees zum Zweck der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Reichstagswahl verammelt. In beiden Vereinen sprach man sich sehr erregt und durchaus zustimmend aus. Das gemeinschaftliche Komitee wird nunmehr der Kandidatenfrage näher treten.

Halle, 20. Jan. Die Nationalliberalen und die Deutschfreisinnigen haben einen Kompromiß geschlossen. Es heißt, der aufzustellende Kandidat werde mehr nach der nationalliberalen Seite neigen; doch ist eine bestimmte Entscheidung noch nicht getroffen. (R. Ztg.)

München, 20. Jan. Gleichwie im liberalen Lager Münchens hat auch in Augsburg der Liberale Bürgerverein beschlossen, es seien für die bevorstehende Reichstagswahl auch die bereits bezüglich der Landtagswahl früher gefaßten Beschlüsse als zutreffend zu erachten und infolge dessen ein gemeinsames Vorgehen aller nichtultramontanen Parteigebühren zu empfehlen.

Zeitungsstimmen.

Zu dem Wahlauftrag der deutschfreisinnigen Partei bemerkt die „Nationalzeitung“: „Es ist bezeichnend, daß auch in dem Wahlmanifester der Deutschfreisinnigen an der Unwahrscheinlichkeit festgehalten werden muß, es habe eine Mehrheit des Triennats beschlossen; dieser Scheinbeschluss ist durch die Erklärungen der dabei aktiv oder passiv beteiligten Polen, Wessan und Sozialdemokraten, daß sie in der dritten Lesung dagegen gestimmt hätten, genügend gekennzeichnet. Die konstitutionellen Einrichtungen, sagt der Aufruf, beruhen auf dem Vertrauen, daß das Volk in den Reichstag Männer wählen werde, welche das zum Schutz des Vaterlandes Nothwendige gewähren. Allerdings, und ohne dieses Vertrauen würde auch die Einrichtung der Feststellung des Präsenzalters alle sieben Jahre nicht haltbar sein. Aber die konstitutionellen Einrichtungen bedingen nicht eine unabhätige häufige Wiederholung der Kämpfe um die Gesetzeskräfte; und diese konstitutionellen Einrichtungen beruhen u. A. auch darauf, daß Regierung und Volksvertretung einander als gleichberechtigte Faktoren behandeln. Im vorliegenden Falle hat die Regierung es dem Parlament gegenüber gethan, indem sie an dem Kompromiß des Septennats festhielt, die Mehrheit aber wollte — dafür bestand allerdings eine solche — eine Verkürzung der Bewilligungsperiode erzwingen. Die bei den Wahlen zu beantwortende Frage ist: ob dieser Zwang nochmals versucht und dadurch ein Verfassungskonflikt herbeigeführt werden soll. Ueber diese verhängnisvolle Frage geht der deutschfreisinnige Aufruf schweigend hinweg. Statt sich darüber zu äußern, spricht er von der Gefahr der Einführung von Monopolen, von der Gefahr von Verfassungsänderungen u. dergleichen. Derartige Pläne sind die Nationalliberalen ebenso entgegengetreten wie die Freisinnigen; es bedarf also zur Abwehr nicht der Wiederwahl von Männern, welche — wenigstens ohne diese Absicht — ihrerseits den Fortbestand der Reichseinrichtungen von 1871 gefährden würden, indem sie einen Konflikt herbeiführen; eine konservative Mehrheit ist nach der Lage der deutschen Parteiverhältnisse unmöglich.“

„Recht und Pflicht“ ist die Ueberschrift eines Artikels der „Staatsbürger-Zeitung“; an dessen Schluß es heißt: „Es handelt sich um das höchste Gut unseres Vaterlandes: die nationale Unabhängigkeit und Arbeit. Mit dem Sturz des Reiches in einen unglücklichen Krieg stirzt auch die Erwerbsfähigkeit unseres Volkes auf Menschenalter. Einen Krieg scheuen wir nicht, wenn davon das Wohl unseres Vaterlandes abhängt; einen unglücklichen Krieg aber wahrhaftig zu machen, diese Verantwortung darf kein Volksvertreter auf sich laden. Wenn aber diese Gefahr von großen Männern, die uns von Sieg zu Sieg geführt haben, als drohend bezeichnet wird, so gehört die ganze Leichtfertigkeit grundsätzlicher Oppositionen dazu, dieselbe zu läugnen. Das Volk möge sich daher nicht durch die erbärmliche Redensart von dem Budgetrecht täuschen lassen, wenn es an die Wahlurne tritt. Höher als dieses Recht steht des Einzelnen Pflicht gegen das Vaterland.“

Die „Samburger Nachrichten“ wenden sich mit folgenden Worten gegen die Reichstagsmehrheit: „Was zu thun ist, das Glend von uns abzuwenden, kann nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Die Abstimmung, sie zeigt, daß der gesammte Freisinn, das ganze Centrum von reichsfreundlicher Absicht erfüllt ist, daß keiner von den Angehörigen dieser Fraktionen vermocht hat, sich patriotisch von der Parteiverbindung frei zu machen. Keiner von ihnen hat also Anspruch darauf, in seinem Wahlkreise unangefochten zu bleiben, so wenig, wie ein Sozialdemokrat. In allen bisher freisinnig, liberal oder sozialistisch vertretenen Wahlkreisen ist es mitihm Pflicht derjenigen Wähler, die es mit ihrem deutschen Vaterlande gut meinen, jeden Kleinmuth abzutreiben und mit rücksichtsloser Energie der Wahl eines Kandidaten der bisherigen Reichstagsmehrheit entgegen zu wirken. Mit rücksichtsloser Energie, sagten wir; denn Leute

zu schonen, die gezeigt haben, daß ihnen die Befriedigung ihres Parteimachtstrebens höher steht, als die Sicherheit und die Wohlfahrt des Deutschen Reiches, — das wäre auch ein Verrat an der Sache des Vaterlandes."

An den **Wahlaufruf des Zentrums** knüpft die „**Königliche Zeitung**“ folgende Bemerkungen: „Auch der Wahlaufruf des Zentrums wird jetzt veröffentlicht, ein überaus langathmiges und mattes Schriftstück. Der Aufruf geht ziemlich weitläufig auf die wirtschaftlichen Fragen ein; die Steuerpolitik, die Maßregeln zur Hebung der Landwirtschaft, die Schutzzölle, die sozialpolitische Gesetzgebung, der Arbeiterschutz, die Handwerkerfrage — alles und jedes wird berührt. In allen diesen Fragen sind die Gegensätze zwischen den Bestrebungen des Zentrums und der Fortschrittspartei so groß, wie nur irgend denkbar. In demselben Augenblick aber, wo das Zentrum mit ruhmbegierigem Stolz auf seine Thätigkeit auf allen diesen Gebieten hinweist, schickt es sich an, seine größten Gegner in allen diesen Fragen in den Reichstag zu senden. Ohne ultramontane Hilfe kommt ja kein Duzend Deutschfreisinniger mehr in den Reichstag. Unser öffentliches Leben ist reich an Widersprüchen und Sonderbarkeiten. Darunter aber ragt besonders scharf die Politik und Taktik der Ultramontanen hervor, die zugleich die verderbliche Wirksamkeit des Liberalismus beklagen und ihn in seiner extremsten Gestalt in's Parlament senden."

Der **München Allgemeine Zeitung** wird unter dem Datum des **18. Januar** aus Berlin geschrieben: „Zum heutigen Gedächtnistage der Gründung des neuen Reiches liegen bereits die Antworterklärungen der vier größten Parteien auf die Auflösung des Reichstages in den Wahlaufrufen der Freisinnigen, der Nationalliberalen, der Konservativen und des Zentrums vor; sowie auch das Wahlartell, welches zwischen den Konservativen, der Reichspartei und den Nationalliberalen zur Aufrechterhaltung ihres Besitzstandes und zur Vermeidung einer Zersplitterung der Kräfte durch unfruchtbare Wahlstreitigkeiten abgeschlossen worden ist. Kann letzterer Versuch einer Vereinbarung, eine in dieser Allgemeinheit im jetzigen deutschen Parteileben neue Erscheinung, als ein Fortschritt zur Gesundung desselben nur freudig begrüßt werden, so weisen dafür die Wahlaufrufe die noch überwiegenden Gegensätze in einer mehr als ausreichenden Deutlichkeit auf. Den Kernpunkt der augenblicklich entscheidenden Differenz: das von den Regierungen und den militärischen Autoritäten als unabweisbar erachtete Septennat für die Heeresverfärbung, sucht sich natürlich jede Partei auf ihre Weise zurechtzulegen. Während sich die Konservativen das bequeme Schlagwort: „Parlamentsheer oder kaiserliches Heer“ aneignen, erklären die Freisinnigen: sie wollten dem künftigen Reichstag das Recht nicht verweigern zu wissen, nach drei Jahren wieder eine Einwirkung auf das Maß der militärischen Kosten auszuüben, eine Abkürzung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuerlast zu erwirken. Die Ablehnung dieses Verlangens, welche die Regierungen schon wegen der sachlichen Unmöglichkeit einer zweckentsprechenden militärischen Organisation auf so kurze Zeit für ihre Pflicht halten, wird von den Freisinnigen für ein unberechtigtes Mißtrauensvotum erklärt, während offenbar gerade die Haltung der Majorität im Verlauf der ganzen Streitfrage den vollen Beweis für die Begründung eines solchen Mißtrauens bietet. Weit überboten freilich wird das Unzutreffende in dem Aufrufe der Linken durch manche der Ausführungen, mit welchen das Zentrum unter schwer verantwortlicher Anrufung von „Gott, Wahrheit, Freiheit und Recht“ versucht, auch für die neuen Wahlen sich als der „unerschütterte, feste Thurm“ bei der wechselnden Verschiebung der Parteien zu erweisen, und nur mit tiefem Bedauern hören wir deutsche Männer von zum Teil so hochanschaulicher sozialer Stellung und geschichtlichem Namen als Führer unserer katholischen Landeskunde und Reichsgenossen eine Sprache führen, wie sie auch in diesem Wahlaufrufe nicht verschmäht wird. Windthorst und Genossen nehmen für sich, nicht etwa nach dem Reichstanzler und dem Feldmarschall Moltke, sondern auch den deutschen Bundesregierungen und Bundesfürsten gegenüber, in Anspruch: die „volle Würdigung der politischen Lage“, die Nothwendigkeit der möglichen „nochmaligen Prüfung der geforderten Heeresverfärbung“; sie, die Herren vom Zentrum, werden in ihren Bestrebungen nur geleitet von dem Motive, „unbegreiflichen Widerstand entgegenzustellen“ den „absolutistischen Regierungen, welche die nüchtern erzwungenen Gerechtfame den durch ungeheuerere Machtmittel verstärkten Regierungen ansulieferen bereit sind!“ Allerdings geteilt diese freisinnigen und sozialistischen Ansichten ein, daß bei ihrem ganzen politisch-parlamentarischen Wirken „die Erhaltung voller Freiheit und Selbstständigkeit“ nicht etwa des deutschen Volkes und Reiches, sondern — der Kirche die erste Stelle einnimmt.“ Sie wollen die „Allgewalt des Staates“ brechen zu Gunsten der „segnenreichen Thätigkeit“ der „Diener und Ordensgenossenschaften der Kirche“. In solcher Thätigkeit, vor allem Anderem, sollen unsere katholischen Mitbürger in „unabhängiger Gesinnung“ und „heiliger Pflichterfüllung“ — wieder Mitglieder des Zentrums in den Reichstag senden, nicht in eine kirchliche Versammlung, sondern in den politischen Rath der Nation, der so viel wie nichts mit kirchlichen Angelegenheiten zu thun hat, vielmehr die politischen Interessen des Volkes zu vertreten hat in einem Staatenbunde, der — wie schon die Eingangsworte zur Verfassungsurkunde des Deutschen Reiches sagen — gegründet ist „zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes“, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“. An diesen Zweck des deutschen Bundes hat manchmal zu erinnern — bei aller unbestrittenen und unbeanstandeten in ihrem Rechte bestehenden kirchlichen Gesinnung — dürfte für Vertreter des deutschen Volkes bei der gegenwärtigen politischen Situation des Deutschen Reiches eine nicht ganz unnütze Mahnung sein.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 21. Januar.
Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge, auch den des Legationssekretärs Freiherrn von Babo, sowie die Meldung des Premierlieutenants Baron von der Goltz vom 3. Ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 4 entgegen.
Nachmittags 3 Uhr begaben sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nach Baden-Baden zum Besuch Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Marie von Baden, Herzogin von Hamilton, Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin Josephine von Hohenzollern, Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin von Hohenzollern, Infantin von Portugal, Ihrer Königlichen Hoheiten der Gräfin von Trani und der Prinzessin von Bourbon.

Abends traten die Großherzoglichen Herrschaften hierher zurück.

* Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“ Nr. 3 vom 20. Januar enthält Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern über die Organisation der Rechnungsämter und die Unfallversicherung der mit Schreiner-, Einseger-, Schlosser- und Anschlägerarbeiten bei Bauten beschäftigten Arbeiter, sowie eine Verordnung des Ministeriums der Finanzen, die Steuerrückvergütung für Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken verwendet wird, betreffend.

* (Postalisches.) Ueber die bestehenden Beförderungsmöglichkeiten und die Postwege für Briefe und Pakete nach den deutschen Kolonien gehen uns folgende Mittheilungen zu: 1) Nach den deutschen Schutzgebieten an der Westküste von Afrika (Togo-Gebiet mit den Hafenplätzen Bagida, Lome und Porto Seguro, ferner Klein-Povo, Kamerun und Biafraküste nördlich von Campo-Fluß) werden regelmäßige Postdampfschiffahrten unterhalten: a. von Hamburg am letzten jedes Monats, Dauer der Fahrt bis Kamerun 30 Tage, Portofas 20 Pf. für den einfachen Brief von 15 g, und b. von Liverpool jeden dritten Mittwoch, zunächst am 26. Januar, Dauer der Fahrt 30 Tage, Portofas 60 Pf. 2) Nach Samoa und den Tonga-Inseln (Apia und Tongatabu) bestehen folgende regelmäßige Postdampfschiffahrten: a. von Southampton über New-York und San Francisco jeden vierten Donnerstags, zunächst am 27. Januar, Dauer der Beförderung bis Apia etwa 35 Tage, Portofas 60 Pf., und b. von Brindisi durch den Suez-Kanal jeden Freitag, zunächst am 11. Februar, Dauer der Fahrt 49 Tage, Portofas 20 Pf. bei der Beförderung mit deutschen Schiffen, sonst 60 Pf. 3) Briefe nach dem deutschen Schutzgebiet auf Neu-Guinea (Portofas 60 Pf.) werden von Brindisi an jedem 4. Montag, zunächst am 24. Januar, abgehandelt und gelangen mit diesem Dampfer in 37 Tagen nach Cooktown in Queensland (Australien), von wo aus die Weiterbeförderung mit den sich zufällig darbietenden Gelegenheiten erfolgt. 4) Briefe nach den deutschen Schutzgebieten in Ostafrika (Portofas 60 Pf.) werden von Brindisi an jedem 4. Montag, zunächst am 31. Januar, abgehandelt und gelangen nach Lamu (Lamu) in 18, nach Mombassa (Mombas) in 19 und nach Sansibar in 21 Tagen. Die Weiterbeförderung von den genannten Orten ab ist keine regelmäßige, sondern auf zufällig sich darbietende Gelegenheiten angewiesen. 5) Gewöhnliche Pakete bis 5 kg sind zulässig nach Bagida, Kamerun, Klein-Povo und Lome über Hamburg, Tare 1 M. 80 Pf für jedes Paket, Frankozwang; ferner nach Apia und Tongatabu über Bremen, Tare 3 M. 20 Pf. für jedes Paket, Frankozwang.

* **Vorzheim**, 20. Jan. (Vortrag. — Velfort-Feier.) Am Montag hielt Herr Professor Gothein aus Karlsruhe im Kunstgewerbeverein vor einem zahlreichen Auditorium den zweiten kulturhistorischen Vortrag, und zwar speziell über „Vorzheim als Fürstenthum“. Der Vortrag begann damit, daß ausgeführt wurde, wie ein eigentlicher Bürgerstand in Deutschland allmählig entstand. Unter den ältesten Kaisern, den Karolingern bis zu den salischen Kaisern, gab es kein Bürgerthum. Auch dem Adel und den Geistlichen gab es nur Hörige. Erst mit der Entstehung der Städte entwickelte sich ein eigener Stand der Bürger. Das erste Vorkommen einer selbständigen Bürgerschaft zeigte sich in der Parteinahme der Städte Mainz und Worms für den Kaiser Heinrich IV. in dem Kampf desselben gegen den Papst und dessen Anhänger. Im Weiteren wurde dann die Entwicklung der städtischen Verfassungen und die verschiedene Gestaltung der letzteren in den Reichs- und Fürstenthümern geschildert und hervorgehoben, daß die Fürstenthümer für die nationale Wohlfahrt und Größe einen viel besseren Einfluß ausübten, als die Reichsstädte, in denen der Partikularismus vorzugsweise gepflegt wurde. Vorzheim, dessen Besitzer vielfach wechselten, zeichnete sich namentlich frühzeitig schon, und zwar unter bairischer Herrschaft durch eine vorzügliche, freie, die Selbstständigkeit der Bürgerschaft während der Befassung aus. Mit der näheren Ausführung der bezüglichen Festlegungen schloß der mit rauschendem Beifall aufgenommene Vortrag. — Die von dem hiesigen Veteranenverein veranstaltete, in dem hiesig besetzten Adleraal abgehaltene Velfort-Feier nahm den schönsten Verlauf. Dieselbe wurde eröffnet durch den Vortrag einer als Prolog von Herrn J. v. Widenbrandt dem Verein gewidmeten schwungvollen Dichtung, woran sich dann mit stürmischen Beifall aufgenommene gesungene und instrumentale Produktionen der Gesellschaft „Velfortballe“ unter Leitung des Herrn Musikdirektors Aufschwend und des Herrn Dr. Marold, sowie humoristische Declamationen reichten.

— **Lahr**, 20. Jan. (Reichstagskandidatur.) Dem „Bad. Beobachter“ geht von hier folgende Notiz zu: In der heutigen Verhandlung von Vertrauensmännern des 6. Wahlkreises wurde Herr Pfarrer Philipp Gerber von Friesenheim als Reichstags-

kandidat aufgestellt. Derselbe hat die Kandidatur angenommen. Der Vorschlag ging von Herrn Defan Förderer aus.

Verschiedenes.

* (Wilhelm Genast.) Ueber Wilhelm Genast, dessen am Mittwoch Abend erfolgter Tod bereits gemeldet wurde, schreibt man aus Weimar: Als Schriftsteller wie als Politiker ist Genast über die engen Grenzen seiner thüringischen Heimath hinaus allgemein bekannt und geachtet gewesen. Obgleich in Weimar am 30. Juli 1822 geboren, kann man ihn doch einen echten Weimarer nennen; seine Thätigkeit, sein Leben sind auf das innigste mit der Stadt Weimar verknüpft. Er ist der Sohn des bekannten Schauspielers Eduard Genast, dessen Anfänge noch in die Goethe'sche Theaterleitung hineinreichen und der später eine Zierde des Weimarer Theaters war. Auf dem Gymnasium zu Weimar gebildet, studierte Wilhelm Genast in Heidelberg und Jena die Rechte und trat, nach Abschluß der Staatsprüfung, in weimarische Staatsdienste. Bis zum Jahre 1872 war er Staatsanwalt und trat dann in das Ministerium des Innern über, als dessen Ministerialdirektor er gefordert ist. Von unermüdlichem Fleiß und geistiger Beweglichkeit, ein Mann von gemäßigt liberalen Grundansichten, war Genast in verschiedenen öffentlichen Stellungen, als Vizepräsident des Landtags, als Abgeordneter zum Deutschen Reichstag, als Kommissionsmitglied für das Strafgesetzbuch und für das Gesetz zum Schutz des geistigen Eigenthums, thätig. In der Schiller-Stiftung war er eine hervorragende Persönlichkeit und hat wiederholt in ihrem Verwaltungsrathe den Vorsitz geführt. Von seinen schriftstellerischen Arbeiten seien die Dramen: „Bernhard von Weimar“ (1855) und „Florian Geher“ (1857) und die Romane „Das hohe Haus“ (1862) und „Der Köhlergraf“ (1864) erwähnt, die sich durch eine künstlerisch durchgebildete Sprache und Form auszeichnen. Die Liebesswürdigkeit seines Wesens, die Milde und ansprechende Anthe seines Charakters machten ihn für Alle, die je mit ihm in Berührung gekommen, zu einer besonders sympathischen Persönlichkeit.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 21. Jan. Nachdem Berichte eine Pferdeausfuhr aus Mecklenburg von einigen tausend Pferden, aus Westfalen ebenfalls von beträchtlichem Umfange ergeben haben, wird der Antrag eines Pferde-Ansuhverbot's dem Kaiser und Bundesrath unterbreitet und in nächster Woche bei letzterem zur Verhandlung kommen.

Berlin, 21. Jan. Eine Versammlung von Vertrauensmännern der drei nationalen Parteien hier selbst setzte gestern ein Central-Wahlkomitee ein. Vorsitzende desselben sind v. Monteton (Konjerv.), Kyllmann (nat-lib.) und v. Zedlitz (freikonjerv.). Als Kandidaten wurden einstimmig vorgeschlagen für den ersten Wahlkreis v. Levetzow, für den zweiten Graf Woltke, den dritten Dr. Miquel, den vierten Voebiker (nat-lib.), den fünften Cremer und den sechsten Holz (freikonjerv.).

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Sonntag, 23. Jan. 14. Ab. Vorf.: „Der Trompeter von Säckingen“, Oper in 3 Aufzügen, nebst einem Vorspiel. Mit autorisierter theilweiser Benützung der Idee und einiger Originallieder aus J. Viktor v. Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Kessler. Anfang 6 Uhr.

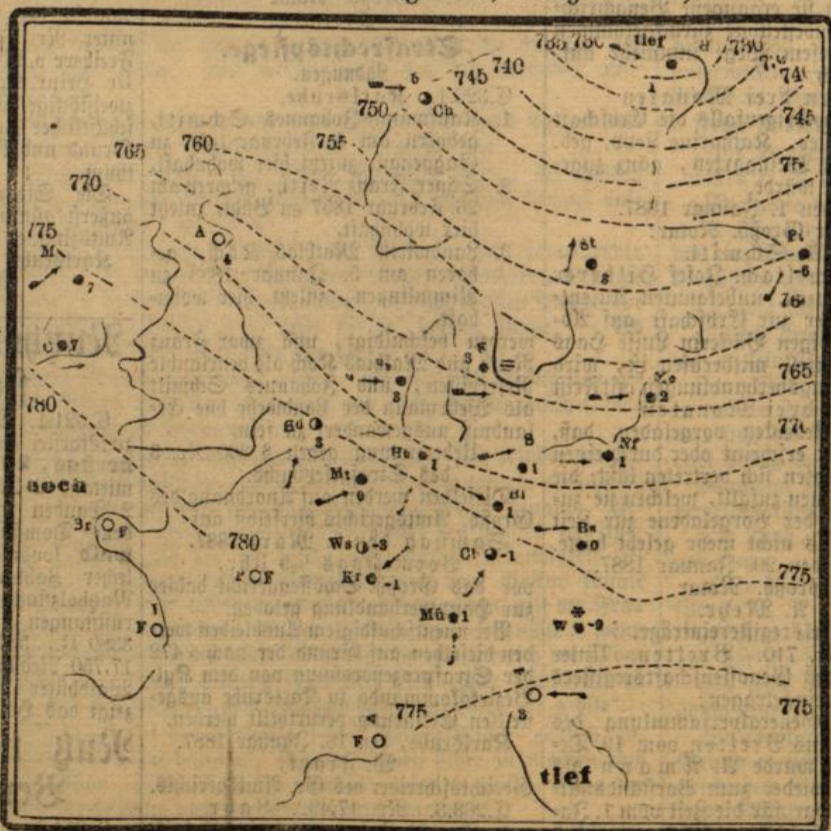
Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in mm	Himmel.
20. Nachts 9 U.	762.1	+ 2.6	4.9	89	NE.	bedeckt
21. Morgs. 7 U.	766.6	- 0.4	4.5	100	NE.	"
21. Mittags. 2 U.	767.0	+ 0.2	4.5	96	NE.	"

*) Nebel. *) Nebel. Regen = 1.1 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 21. Jan., Morgs. 3.11 m.

Wetterkarte vom 21. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein tiefes Minimum unter 729 mm liegt über Nordskandinavien, im Nord- und Ostseegebiete lebhaft, stellenweise stürmische westliche und südwestliche Winde hervorruhend, während im Südwesten der britischen Inseln ein Maximum von über 780 mm lagert. Das Hauptwetter hat sich über ganz Deutschland ausgebreitet, nur in den westlichen Gebiets-theilen liegt die Temperatur noch unter dem Gefrierpunkte, vielfach sind geringe Niederschläge gefallen. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 21. Januar 1887.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% Deutsche Reichsanleihe	Staatsbahn 200.12
4% Preuss. Konf.	106.20 Lombarden
4% Baden in fl.	106.90 Galizier 161.70
4% in W.	103.90 Elbthal 131.5/8
Defferr. Goldrente	105.05 Westb. 155.80
Silberrent.	89.90 Hess. Ludwigsbahn
4% Ungar. Goldr.	65.80 Niederrheinl. 158.40
1877r. Russen	81.20 Gotthard 94.60
1880r. "	96.60 Wechsel und Sorten
II. Orientanleihe	82.20 Wechsel a. Amstd. 168.50
Italiener compt.	57.70 " London 20.40
Ägypter	98.80 " Paris 80.45
5% Serben	74.10 " Wien 160.75
Kreditaktien	65.10 Napoleons'or 16.09
Distonto-Kommandit	79.70 Privatdiskonto 3/4
mandit	Bad. Zuckerfabrik 81.-
Basler Banker	228.37 Allali Westereg.
Darmstädter Bank	201.- Kreditaktien 228 1/8
136.50 Lombarden	200 1/8 Staatsbahn
79 1/8 Tendenz: matt.	200 1/8
	79 1/8

Berlin. Wien. Def. Kreditakt. 478.- Kreditaktien 287.90
Staatsbahn 400.50 Marknoten 62.17
Lombarden 162.- Tendenz: matt.
Dist. Kommand. 200.70 Paris. 65.80
Raubhütte 84.60 1/2 % Rente 109.40
Dortmunder 65.- Spanier 65
Marienburger 41.70 Ägypter 872
Wendeburger -.- Ottomane 613
Tendenz: -.- Tendenz: -.-

Todesanzeige.

D.102. Karlsruhe. Freunden und Bekannten die Trauernachricht von dem gestern Abend erfolgten Hinscheiden des

Rechtsanwaltes Hermann Friedmann. Um stille Theilnahme an ihrem unersehlichen Verluste bitten, Karlsruhe, den 21. Jan. 1887, Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Samstag den 22. ds., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Kaiserstraße 140 aus, statt.

Dies statt besonderer Anzeige.

Todesanzeige.

D.105. Karlsruhe. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigst geliebte Tochter, Schwester und Nichte

Freihräulein Marie Schilling v. Canstatt nach längerem Leiden heute früh 3 Uhr in ihrem 26. Lebensjahre zu sich zu rufen.

Verwandten und Freunden geben wir statt besonderer Anzeige diese Trauernachricht, mit der Bitte um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 21. Jan. 1887. Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frei Frau Marie Schilling v. Canstatt, geb. Manzenhörn. Beerdigung Sonntag den 23. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause Akademiestraße 17.

Stellegefuch.

D.103.1. Ein gebildetes, anpruchloses und überall handanlegendes 20-jähriges Mädchen aus sehr guter württembergischer Familie, mit Erfahrung in Haushaltung (auch Küche), in Krankenpflege und Behandlung der Kinder, geht in weiblichen Handarbeiten, sucht dabeiheim frei geworden, in Karlsruhe zc. Stelle zur Stütze der Hausfrau, im Zimmerdienst oder Kinderbeaufsichtigung. Familienanschluss gilt mehr als Belohnung; letztere sowie Zeit des Eintritts nach Uebereinkunft. Gefällige Anträge unter N. E. 100 an J. Müller, Bureau „Germania“, Schützenstr. 4, Karlsruhe, erbeten.

C.318.1. Eine Familie auf dem Lande sucht eine

Gouvernante

reiferen Alters, seminariell gebildet, zur Unterrichtung eines Mädchens von 14 Jahren und eines Knaben von 8 Jahren. Offerten, mit Zeugnissen über die bisherige Wirksamkeit versehen, unter Chiffre H 850 G befördert die Annoncen-Expedition der Herren Haasenstein & Vogler in St. Gallen.

Dienstpersonal

aller Branchen für Verfrachten, Hotels und Restaurants zc. empfiehlt n. placirt J. Müller, Bureau „Germania“, Schützenstr. 4, Karlsruhe. D.104.1.

Küchenhaushälterin

wird für ein Hotel I. Ranges gesucht. Gest. Offerten unter L. v. 2043 an Rud. Wölfe, Heidelberg.

C.324.1. Die Filiale einer vordean-Wein-Firma sucht einen tüchtigen

Reisenden,

der schon in der Wein- & Spirituosen-Branchen mit Erfolg thätig war. Offerten und Referenzen Adr.: Jul. Dürr, Barr, Elsch.

Gut empfohlener Gärtner,

der im Begriff ist, sich zu verheirathen, sucht Stelle bei einer Herrschaft in der Stadt oder auf dem Lande. Gest. Angebote unter F 2200 Q wollen an Haasenstein & Vogler in Freiburg i. S. eingesandt werden. C.323.

D.108.1. Meine Dienste den verehrten Damen in Karlsruhe empfehlend, bringe ich zur allgemeinen Kenntniss, daß ich nur auf ärztliche Verordnung massire. Sprechstunde 1-2 Nachm.

E. Vergmann, Masseuse, Schülerin des Prof. v. Mosengeil in Bonn, Karlsruhe, Karlsstr. 40.

D.37.3. Verleihe an Kleinhändler, Delicat- und Fischgeschäfte: Kleiner Büchling, große Postkarte ca. 10 Pfund M. 1.70-1.90 franco per Bahn, à Ball M. 1.90-2.20, über 5 Ball billiger ab Kiel. Kleiner Spouten, Postkarte 2.40 M., M. 3.50-4.00 franco. Sowie Nat. Plumben zu billigen Preisen. Nachnahme. D. Schüßberg, Fischhändler Ellerstedt b. Kiel.

Badischer Frauenverein.

Am 31. Januar soll ein neuer, vier- bis fünfwöchentliches Kurs für einfache Kochkunst eröffnet werden, welcher täglich Vormittags in der Amalienstraße 35 stattfinden wird. Die Bedingungen sind die der vorhergehenden Kurse: ein Lehrgeld wird nicht erhoben, dagegen hat jede Schülerin als Erfas für die Kosten 30 Pfennig täglich zu zahlen, wofür ihr aus den zubereiteten Speisen die Beförderung gereicht wird. Anmeldungen werden baldigt auf dem Bureau des Frauenvereins, Garten-schloßchen, erbeten, wo auch auf Verlangen nähere Auskunft erteilt wird. Karlsruhe, den 12. Januar 1887. Der Vorstand der Abtheilung I. C.252.3.

Die Frankfurter Bank

übernimmt Werthpapiere zur Verwahrung und Verwaltung (Offene Depots)

unter den im Reglement festgesetzten Bedingungen; sie besorgt hiernach: die Abtrennung und Einziehung der Zins- und Dividenden-Coupons, die Entgegennahme von Hypotheken-Zinsen, die Controle über Verloosungen und den Inasso verlooster resp. zurückzahlbarer Papiere, den Bezug neuer Couponsbogen oder definitiver Stücke, die Beförderung ausgeschriebener Einzahlungen und Ausübung von Bezugsrechten nach vorher erhaltenen Aufträge und Einzahlung der erforderlichen Geldbeträge; ferner: den An- und Verkauf von Werthpapieren, sowie alle mit der Anlage und Verwertung von Kapitalien verbundenen Manipulationen. Das Reglement, sowie die zur Deposition erforderlichen Formulare sind von der Bank unentgeltlich zu beziehen. Frankfurt a. M., im Januar 1887. C.179.3. Direction der Frankfurter Bank. zu allerlei A.487.9.

Mondamin

Puddings Milchspeisen Fruchtgelees Sandtorlen etc.

Für Kinder und Kranke mit Milch gefocht speciell geeignet; erhöht die Verdaulichkeit der Milch. Auch zur Verdickung von Suppen, Cacao zc. vortrefflich. Mondamin ist ein entölttes Maisprodit. Fabr. Brown & Polson, L. c. Hofl., London und Berlin C. In Colonial, Delicatessen- u. Droguen-Hbl. à 60 Pf. pr. engl. Pfd. C.322. Nr. 10. Groß. Amtsgericht Wiesloch, Thairnbach.

Drunkhuth

Bequih. C.44.5. Frn. Karrer-Gallati, Spezialist, Glarus! Ihre Mittel hatten ausgezeichneten Erfolg! Der Patient ist vollständig von dem Kater geheilt! Die frühere Neigung zum Trinken ist gänzlich beseitigt. In bester Erinnerung zu Hause. Fr. Dom. Walther. Courchapois, 15. Sept. 1886. Behandlung brieflich! Die Mittel sind unschädlich und mit und ohne Wissen leicht anzuwenden! Garantie: Hälfte der Kosten nach Heilung! Zeugnisse, Prospekt und Fragebogen gratis. Adressiren: „Karrer-Gallati, postlag. Konstanz.“

Bürgerliche Rechtspflege.

Vermögensabsonderung. D.106. Nr. 543. Mosbach. Die Ehefrau des Schmieds Franz Philipp Stieber von Bregingen, Maria Bereska, geborne Greß, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung dahier eingereicht. Zur Verhandlung hierüber ist Termin vor der I. Civilkammer des Groß. Landgerichts Mosbach auf Dienstag den 15. März d. J., Vormittags 9 Uhr, bestimmt. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger hierdurch veröffentlicht. Mosbach, den 19. Januar 1887. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Wolpert.

Erbschaften.

C.327. Durlach, Magdalena, geb. Siegrist, jetzt Ehefrau des Gärtners Georg Hartmann in Louisville, Staat Kentucky, ist zur Erbschaft ihrer Mutter, Barbara Siegrist von Weingarten, gesetzlich mitberufen und wird nach dem eine an sie ergangene Benachrichtigung als unbestellbar zurückgekommen ist — auf diesem Wege nunmehr aufgefordert, sich binnen drei Monaten zu melden, widrigenfalls die Erbschaft ihrer Schwester, Katharine Levy, geb. Siegrist von Weingarten, ganz zugeheilt werden würde. Durlach, den 1. Januar 1887. Der Groß. Notar: A. Schmitt.

C.315. Schiltach, Josef Silberer von Schenkensell, unbekannter Aufenthalts, welcher zur Erbschaft auf Ableben der ledigen Wäckerin Luise Haas von Schenkensell mitberufen ist, wird zu den Theilungsverhandlungen mit Frist von drei Monaten unter dem Bedenken vorgeladen, daß, wenn er nicht erscheint oder durch einen Bevollmächtigten sich vertreten läßt, die Erbschaft denen zufällt, welchen sie zufälle, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätte. Schiltach, den 20. Januar 1887. Groß. Notar: A. Meyer.

Handelsregister-Einträge. D.97. Nr. 710. Bretten. Unter Ordn. B. 1 des Genossenschaftsregisters wurde heute eingetragen: „In der Generalversammlung des Vorchauvereins Bretten vom 19. Dezember 1886 wurde A. Mann als Kontrolleur wieder zum Vorstandsmittglied, und zwar für die Zeit vom 1. Januar 1887 bis 1. April 1890, gewählt.“ Bretten, den 11. Januar 1887. Groß. Notar: Schenk.

Friedrich Keller von Oberschopfheim, zuletzt daselbst wohnhaft, 3. der 27 Jahre alte ledige Wäcker Alexander Ritter von Friesenheim, zuletzt daselbst wohnhaft, werden beschuldigt, als beurlaubte Reservisten ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. Uebertretung gegen § 360 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hierseits auf Dienstag den 8. März 1887, Vormittags 9 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht Laub zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Kgl. Landwehrbezirks-Kommando zu Offenburg ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. Laub, den 29. Dezember 1886. Egeler, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts. C.265.3. Nr. 601. Schwetzingen u. I. Die Etschakreservisten I. Klasse: Peter Mathias Brenner von Reilingen, zuletzt wohnhaft daselbst, Eduard Burckard von Ketsch, zuletzt wohnhaft daselbst, Martin Gebhardt von Jodgrün, zuletzt wohnhaft in Ofersheim; II. die Reservisten: Valentin Balduf von Altschheim, zuletzt wohnhaft daselbst, Philipp Schwab von Ketsch, zuletzt wohnhaft daselbst; III. Wehrmann Johann Böhr von Ofersheim, zuletzt wohnhaft in Ofersheim, werden beschuldigt, daß sie ausgewandert sind, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben. Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 St.G.B.

Dieselben werden auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hierseits auf Freitag den 18. März 1887, Vormittags 9 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht Schwetzingen zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 St.G.B. von dem Königl. Landwehrbezirkskommando Bruchsal ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. Schwetzingen, den 8. Januar 1887. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Sauter.

C.295.3. Nr. 611. Mühlheim. Konrad Hummel von Schliengen, zuletzt ebendasselbst wohnhaft, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts Mühlheim auf: Samstag den 16. April d. J., Vormittags 10 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht zu Mühlheim zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der St.G.B. von dem Königl. Bezirkskommando zu Bruchsal ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. Mühlheim, den 16. Januar 1887. Adler, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Berm. Bekanntmachungen. C.287.3. Karlsruhe. Steigerungs-Ankündigung. Auf Antrag des Eigentümers Herrn Bernhard Kögel, Privat in Baden, versteigere ich

am Samstag dem 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in meinem Amtszimmer, Herrenstraße 34, das in der Stefaniensstraße dahier unter Nr. 63, einerseits neben Karl Freiherr v. Ritter, Privat, ander. neben Dr. Heint. Köhmann, Hofrath, gelegene zweistöckige Wohnhaus mit aller liegenschaftlicher Zugehörde einschließlich des Grund und Bodens öffentlich zu Eigentum.

Die Steigerungsbedingungen, die äußerst günstig sind, können in meinem Amtszimmer eingesehen werden. Karlsruhe, den 17. Januar 1887. Groß. Notar: Steinel.

Nutzholzstangen-Versteigerung.

C.321.1. Nr. 72. Bon Groß. Bezirksforstei Freiburg werden am Donnerstag, 27. Januar 1887, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zu den 2 Tauben (Post) in Buchenbach aus dem Domänenwaldbezirk Hölthalwald laosweise und mit unverzinslicher Zahlungsfrist folgende stichtene Nutzholzstangen versteigert: 365 Gerüststangen, 3736 Doppeltstangen I., 3380 II., 5376 III., 8980 IV. Klasse, 17,750 Rebheden, 3600 Bohnensteden. Waldhüter Trischler in Buchenbach zeigt das Holz auf Verlangen vor.

Nuß- und Brennholz-Versteigerung. C.314.1. Nr. 144. Die Groß. Bezirksforstei Kadolzfzell versteigert mit achtmonatlicher Zahlungsfrist aus Domänenwaldbezirk Staffel bei Gailingen, Abth. Weilerhau und Weidenbühl, am Freitag dem 28. Januar l. J., Mittags 12 Uhr, im Rathhause in Gailingen: 48 Eichen I.—IV. Kl., 4 Buchen, 1 Linde, 10 fichte Rattenklöße; 62 Ster Buchenes, 41 eichenes, 22 Nadelstammholz; 26 Ster Buchenes, 35 eichenes und gemischtes u. 20 Nadel-Brügelholz; 650 Buchene, 850 eichene und gemischte und 600 Nadel-Wellen; 5 Kooje unanberbeitetes Reisholz und 2 Kooje Schlagraum. Domänenwaldhüter Auer auf Gaisbüttel bei Gailingen zeigt das Holz vor.

Wasserleitung Treßlingen (2 Kilom. von der Sinterstation Bahnhst der Heidesberg-Heilbroner Bahn). C.316. Nr. 175. Die Gr. Kultur-Inspektion Heidesberg eröffnet eine Submision auf das Ziehen und Verlegen einer gusseisernen Reichelfabr von circa 1300 Mtr. Länge sammt Zugehör (80 und 50 mm weite Röhren, 2 Schieber, 1 Hydrant, 6 Brunnenköpfe mit Regulirventilen u. s. f.). Angebote auf diese Arbeit, mit der erforderlichen Aufschrift versehen, wollen längstens bis

Samstag den 5. Februar d. J., Morgens 8 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der Inspektion, Bergheimer Straße 56, II. Stock, abgegeben werden, wofelbst auch bis dahin die Bedingungen eingesehen und Verzeichnisse der Bestandtheile zum Beziehen der Preise erhoben werden können. C.274.2. Nr. 352. Karlsruhe. Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Höherem Auftrag gemäß sollen nachverzeichnete Bauarbeiten zum Umbau einer alten Scheuer auf der Station Grödingen im Wege der öffentlichen Submision vergeben werden: 1. Maurerarbeit 2465 M. 67 Pf. 2. Zimmerarbeit 664 „ 24 „ 3. Särerarbeit 243 „ 25 „ 4. Glaserarbeit 149 „ 39 „ 5. Schlofferarbeit 119 „ — „ 6. Blechneerarbeit 83 „ 95 „ 7. Tüncherarbeit 123 „ 76 „ auf 3849 M. 26 Pf.

Pläne, Kostenberechnung und Bedingungen liegen auf diesseitigem Hochbau-Bureau zur Einsicht auf und sind die bezügl. Angebote, welche auf die Ueberrahme einzelner oder auf die Ueberrahme der Gesamtunternehmung gestellt sein können, spätestens bis Mittwoch den 26. ds. Mts., Vormittags 9 Uhr, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen an den Unterzeichneten einzuweisen. Karlsruhe, den 17. Januar 1887. Der Gr. Bahnbauinspektor.

Bekanntmachung. C.308.1. Nr. 342. Karlsruhe. Die unterzeichnete Stelle hat Kapitalien in größter Höhe gegen entsprechende hypothekarische Sicherheit und Verzinsung auszuliehen und nimmt Gesuche um Darlehen unter Ertheilung weiterer Auskunft entgegen. Karlsruhe, den 19. Januar 1887. Groß. Eisenbahninspektor als Berechnung der Unterstufungsstelle für mehrere Eisenbahnbedienstete. D.91. Nr. 17. Waldshut.

Bekanntmachung. Mit Ermächtigung der Groß. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens werden zur Aufstellung der Reggebürder Tagfabriken unteramamt: im Rathszimmer zu Wutöschingen für die Gemarlung Wutöschingen: Donnerstag den 27. d. M., Vormittags 9 Uhr; im Rathszimmer zu Degerau für die Gemarlung Degerau: Samstag den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr.

Gemäß Art. 7 der Landesberl. Verordnng vom 11. September 1886 werden alle Eigentümer von Liegenschaften auf diesen Gemarlungen aufgefordert, Grunddienstbarkeiten, welche zu Gunsten ihrer Grundstücke bestehen, dem Unterzeichneten unter Aufzeichnung der Rechtsurkunden zur angebenen Zeit behufs Eintrag in das Lagerbuch anzumelden. Das fertig aufgestellte Konzept zum Lagerbuch der Gemarlung Wutöschingen wird Johann gemäß Art. 12 erwähneter Verordnung vom Freitag dem 28. d. M. an während 4 Wochen im Rathszimmer in Wutöschingen zu Jedermanns Einsicht öffentlich aufgelegt mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibung der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit innerhalb jener Frist schriftlich oder mündlich vorzutragen. Waldshut, den 19. Januar 1887. Eitel, Bezirksgeometer.

Ein Referendar oder Rechtspraktikant mit 2 Dienstjahren kann auf 1. Februar d. J. bei dem Unterzeichneten eintreten. Waldshut, den 15. Januar 1887. D.41.2. Rechtsanwält Sauger. (Mit einer Beilage.)